



Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh,
Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis
für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärts-
tige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5
Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der
Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-
Seite oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Chorner Wocheblatt.

N. 117.

Sonnabend, den 27. Juli.

1867

Preußische Sieges-Chronik 1866.

(Fortsetzung)

28. Juli: Bayreuth wird von der Avantgarde des 2. Reservekorps besetzt.

Das Sachsen-Meiningensche Contingent verlässt (nach dem Austritt Sachsen-Meiningens aus dem bisherigen Bunde) ohne Obergewehr die Festung Mainz und kehrt nach Meiningen zurück.

Die Avantgarde des 2. Reservekorps sprengt ein Bataillon des bayerischen Leib-Regiments, wobei die 1. Compagnie des mecklenburgischen Jäger-Bataillons, des Fußjäger-Bataillons des 4. Garde-Regiments und die 1. Escadron des mecklenburgischen Dragoner-Regiments sich auszeichnen. 200 Gefangene gemacht.

Die Main-Armee steht vor Würzburg. Die preußischen Batterien beherrschen die Stadt; der Feind will parlementiren.

Zwischen Preußen und Bayern wird zu Nicolsburg ein Waffenstillstand vom 2. August an auf 3 Wochen abgeschlossen.

29. Juli: Se. Majestät der König begiebt sich von Nicolsburg über Wilsersdorf zu den bei Ladenburg stehenden Truppen der Elb-Armee, 7. und 8. Armee-Korps.

Oesterreichische Detachements aus Theresienstadt sprengen einen Strompfeiler der Elbbrücke.

Der kommandirende General des 2. Reservekorps, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, rückt mit dem Gross in Bayreuth ein und nimmt den Regierungsbezirk Oberfranken in Besitz.

(Fortsetzung folgt.)

Bur Situation.

Zur nord-schleswigschen Frage. Auch die "France" und andere Pariser Blätter bestätigen, daß die Antwort der dänischen Regierung auf die preußische Note vom 18. Juni am 15. d. M. nach Berlin abgegangen ist. Sie fügen hinzu, die dänische Regierung verharre in ihrer Weigerung, die für die Deutschen in Nordschleswig verlangten Garantien zu gewähren, und spreche nochmals ihren Wunsch aus, alle Dänen Schleswigs mit dem Königreich Dänemark vereinigt zu sehen. Von anderer Seite wird bestätigt, daß das sehr umfangreiche dänische Altersstück keine tageorige Weigerung enthält, sondern eher ziemlich weitläufige Verhandlungen einleiten zu wollen scheint. Trotz der Ablehnung der "Patrie" und des "Estdard" ist es ferner gewiß, daß die französische Regierung eine Interpellation in der nord-schleswigschen Frage hierher gerichtet hat, in welcher sie zugleich das Recht in derselben mitzusprechen, in Anspruch nimmt.

Zur nord-schleswigschen Sache berichtet die "Prov.-Korresp.". Bekanntlich sind vor einiger Zeit zwischen Preußen und Dänemark Verhandlungen angeknüpft worden, welche auf die durch den Prager Friedensvertrag in Aussicht gestellte Abtretung einiger Bezirke von Nordschleswig an Dänemark Bezug hatten. Eine von Seiten der preußischen Regierung an das dänische Kabinett schon vor mehreren Wochen gerichtete Eröffnung über diesen Gegenstand war früher ohne Antwort geblieben. Vor kurzem hat endlich der am preußischen Hofe beglaubigte dänische Vertreter Frhr. v. Duade die lang erwartete Rückäußerung seiner Regierung in Form einer diplomatischen Note an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gelangen lassen. Über den Inhalt enthält sich das halbfizielle Blatt jeder weiteren Andeutung.

Der Inhalt der dänischen Antwortsnote in Betreff der nord-schleswigschen Angelegenheit ist nach der "B. B.-Btg." folgender: Dieselbe hebt Eingangs hervor, daß die dänische Regierung in Betreff der Garantiefrage ihren bisher angenommenen Standpunkt nicht verlassen könne. Die dänischen Gesetze, die bekanntlich durchaus liberal seien und allen

Staatsangehörigen ohne Unterschied die gleichen Rechte sicherten, gewährten auch den Deutschen völlig austehenden Schutz, und es seien daher keinerlei spezielle Garantien für die Deutschen Nordschleswigs erforderlich. Was die in der preußischen Note berührte Mitwirkung Dänemarks an der Feststellung der Grenzen für die Retrocession Nordschleswigs betreffe, so sei Dänemark von dieser Feststellung durch die betreffende Bestimmung des Prager Friedensvertrages ausgeschlossen und es müsse daher lediglich erwarten, welche Vorschläge Preußen in dieser Angelegenheit machen werde. Schließlich spricht die Note die Bereitwilligkeit aus, über die weiteren preußischen Vorschläge mit dem Berliner Cabinet in Unterhandlung zu treten.

Die "Nat.-Btg." erklärt es für "gewiß", daß die französische Regierung eine Interpellation in der nord-schleswigschen Frage nach Berlin gerichtet hat, in welcher sie zugleich das Recht in derselben mitzusprechen, in Anspruch nimmt.

Die Wiener "Debatte" äußert über dieselbe Angelegenheit: "Es läßt sich nicht verkennen, daß Versuche gemacht werden, die Angelegenheit, welche die Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedensvertrages betrifft, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer Londoner Conferenz zum Ausdruck zu bringen. Offenbar liegt dem die Absicht zu Grunde, die jedenfalls bedenkliche Einmischung einer einzeln, bei der Angelegenheit nicht unmittelbar beteiligten Macht eine Collectiv-Einmischung Europas zu erzielen oder jene in dieser aufzugehen zu lassen. Dieser Modus wird gegenwärtig diplomatisch exeriert und es dürfte sich darum handeln, nicht bloß hierfür die Gemüthe Dösterreichs zu gewinnen, sondern das Wiener Cabinet auch zu veranlassen, aus eigener Initiative die Sache auf die Tagesordnung zu setzen. Raum aber bedarf es erst noch der Nachweisung darüber, daß bei der schon hinlänglich erörterten Linie des Verhaltens, welche sich Dösterreich in dieser Angelegenheit vorgezeichnet hat, es dem sehr begreiflichen Streben Preußens, jede directe oder indirekte Einmischung Unbeteiligter hintanzuhalten, Schwierigkeiten entgegen zu setzen, keine Veranlassung findet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Von den zur Ausgabe bestimmten 5 Millionen Schatzanweisungen sind 4 Millionen Thlr. fest zu pari übernommen worden und zwar von der Seehandlung, der Discontogesellschaft, den Firmen Robert Warthauer & Co., S. Bleichröder und Mendelsohn & Co. 1 Mill. Thlr. ist für die Provinzen reservirt geblieben. Es wurde heute an der Börse in dem Papiere mehrfach zu 100% gehandelt, wozu sich Nachfrage erhielt. — Im sechsten Berliner Wahlbezirk ist in einer Versammlung des Maschinenbau-Arbeiter-Vereins die Candidatur von Schulze-Delitsch, der den Wahlkreis bisher immer vertreten, beschlossen. — In Stettin sind, wie die "N. St. Btg." mittheilt, innerhalb der liberalen Parteien Verhandlungen über eine Vereinbarung im Gange. — In Anklam wird der langjährige Abgeordnete des Wahlkreises, Graf Schwerin, von sämtlichen Liberalen aufgestellt. Als Gencandidat wird ihm von den Conservativen der General Herwarth von Bittenfeld gegenübergestellt. — Wie man in Paris wissen will, sind vor wenigen Tagen bedeutende Bestellungen auf Weizen von Marseille nach Stettin telegraphisch abgesendet worden. Man befürchtet in Frankreich, daß man im Jahre 1868 sehr viel importiren müsse.

— Da vielfach an Se. Majestät den König und an das Kriegs-Ministerium gerichtete Gefüße von Wittwen oder Angehörigen während des vorjährigen Krieges verstorbener Militärpersonen um Gewährung von Wittwen-Pensionen und Erziehungshilfen für Kinder aus Staatsmitteln es wahrscheinlich machen, daß das Gesetz vom 9. Februar c. und die Ausführungs-Instruktion zu demselben vom 20. März c. ungeachtet deren Veröffentlichung durch das Amtsblatt, noch nicht zur allgemeinen Kenntniß gelangt sind, so ist, wie das "Mil. W." meldet, angeordnet

durch den Erlaß vom 30. März außer durch das Amtsblatt auch durch andre amtliche Organe zu einer noch ausgebreiteteren Veröffentlichung gebracht werden soll, um den sämtlichen Wittwen und Witwen der in den bisherigen Kriegen Gebliebenen und Gestorbenen die ihnen in dem Gesetz vom 9. Februar vorbehaltenen Benefizien möglichst schnell zufommen zu lassen. Gleichzeitig ist zur Beseitigung vorgekommener Unsicherheiten bei Anwendung des Gesetzes vom 9. Februar c. festgelegt, daß 1) eine Soldatenwitwe, welche sich wieder verheirathet, auf die gesetzliche Pension nur noch für den Monat Anspruch hat, in welchem die Heirath stattfindet, dagegen dadurch der Anspruch der Kinder der verstorbenen Militärperson auf eine Erziehungsbehilfe aus Staatsmitteln, die Bedürftigkeit vorausgesetzt, nicht geschmälert wird, da der Stiefvater gesetzlich nicht alimentationspflichtig ist, und 2) Kinder einer Soldatenwitwe aus einer früheren Ehe weder auf die Wohlthaten des Gesetzes vom 9. Februar d. J. noch auf diejenigen des großen Potsdamschen Waisenhauses Anspruch haben.

— Aus Koblenz meldet vom 24. d. eine Depesche des "St.-Anz.": Se. Majestät der König ist zum Empfang des Sultans hier so eben in der feierlich gesäumten Stadt eingetroffen. Der Sultan ist um 11 Uhr Vormittags aus Düren abgefahrene und kommt um 2 Uhr hier an. Der Prinz und die Prinzessin Karl sind gestern hier ebenfalls eingetroffen. Die Vorbereitungen zur großen Parade sind im Gange.

— Wie die "Prov.-Corr." meldet, geht die Kur des Königs in Ems ihrem Abschluß entgegen; Se. Majestät beabsichtigt nach Beendigung derselben eine Reise in der Schweiz zu gebrauchen. Die Ankunft des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck in Berlin wird zum Beginn des nächsten Monats erwartet. Vor der Abreise des Königs nach der Schweiz wird Graf Bismarck zur Begrüßung in Ems oder in Wiesbaden eintreffen. Die Berichte über das Befinden des Minister-Präsidenten lauten sehr günstig. — Die "N. A. Z." führt noch hinzu, daß die Voraussetzung, als werde Graf Bismarck an den zu Anfang nächster Woche beginnenden Berathungen der hannoverschen Vertrauensmänner teilnehmen, wohl nicht richtig sei, da dieselben sich nur auf Fragen der Verwaltungs-Organisation beziehen würden, die dem Ressort des Ministeriums des Innern angeören.

— Über die Katastrophe in Mexiko besitzt die Regierung, wie die "Prov.-Corr." melder, noch keine amtlichen Berichte, da seit geraumer Zeit die erwarteten Mittheilungen des Freiherrn v. Magnus ausgeblieben sind. Uebrigens bestätigt die "Pr.-C.", daß dieser Diplomat unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten zuverlässigen Nachrichten über die Hinrichtung des Kaisers Maximilian angewiesen worden ist, das mexikanische Gebiet sofort zu verlassen und die Rückreise nach Berlin über die Vereinigten Staaten Nordamerika's anzutreten. Der Schutz der auf mexikanischen Boden weilenden Deutschen sei einstweilen der diplomatischen Vertretung einer befreundeten Macht übertragen worden.

— Das von neuem gegen Zweiten und Laster eingeleitete Disciplinarverfahren, weil sich beide in den Ausschuss des national-liberalen Wahl-Comitee's haben wählen lassen und als Mitglieder desselben den Wahlausruß der Partei unterzeichnet haben, tritt als ein wichtiger politischer Akt in den Vordergrund der Tagesgeschichte. Es darf nach Ansicht conservativer Männer das Einschreiten des Justizministers gegen Zweiten und Laster nicht etwa bloß als eine Maßregel des Chefs der Justizpflege gegen Beamte seines Ressorts angesehen werden, sondern die Regierung nimmt mit dieser Verfolgung der beiden Abgeordneten unzweideutig Stellung zu den Bestrebungen der national-liberalen Partei überhaupt. Den Beamten ist nicht schlechtweg die Beteiligung an den Wahlgationen untersagt — es stehen Regierungsräthe, Regierungs-Präsidenten, Landräthe und andere an der Spitze conservativer Wahl-Comitee's — sondern nur diejenige Agitation für strafbar erachtet, welche eine regierungsfreundliche Tendenz hat, und dazu gehört nach der Ansicht der Regierung, nicht etwa bloß des Justizministers, die national-liberalen. Es wäre sehr irrig, die Maß-

regel bloß dem Justizminister zuzuschreiben, für dieselbe stehen alle Minister gleichmäßig ein; es gibt nicht zwei Seelen im Ministerium, die sich gegenseitig heimlich befedeten, es gibt nur acht Minister, die alle zu einem und denselben politischen Programm sich bekennen, die in einem Gedanken sich zusammen finden. Die Unterschiede, welche die Liberalen, die Fortschrittspartei und die Nationalen unter sich machen, existiren für das Ministerium nicht; es macht gegen die eine wie gegen die andere gleichmäßig Front. Seit fünf Jahren ist Zweiten aus polischen Prozessen noch nicht herausgekommen; er wird darin bleiben, bis er sein Amt verliert, denn darauf sieht, wie sie eingestanden, die Staatsanwaltschaft es ab. Sie hat darum neulich an das Obertribunal appellirt, und die Beteiligung eines Beamten an einer liberalen Wahlagitation weist sie, wie ihre neueste Anklage darlegt, ebenfalls nicht mit den Pflichten eines Beamten in Einklang zu bringen. So wird sich der Antrag auf Ausstozung aus dem Richterstande wiederholen. Der Staatsanwalt handelt immer nur im Auftrage des Justizministers, dieser aber kann politische Prozesse nicht einleiten lassen, ohne der Zustimmung seiner übrigen Collegen gewiß zu sein. Bei den Wahlen wird das neueste Disciplinaryverfahren gegen Zweiten und Lasser schwer ins Gewicht fallen.

Hannover. Ueber die hannoverschen Finanzen, wie dieselben bisher waren und sich künftig gestalten werden, finden wir im Nienburger Wochenblatt einen Artikel, aus dem wir folgende interessante Angaben mittheilen: Nach der neuen Steuerveranlagung verringert sich die Grundsteuer um 8., die Gebäudesteuer um 3.%, dagegen erhöhen sich die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer um 60., bezüglich 15.%! Die gesammten directen Steuern steigen gegen früher etwa um 16.%. Hätte Hannover diese 16.% allein künftig mehr zu zahlen, so wären sie ziemlich müßig, da eine gleiche Steigerung wohl allen andern Staaten bevorsteht. Es sind aber noch andere Dinge in Betrachtstellung zu ziehen. Da ist zunächst die Salzsteuer, die den Charakter einer wahren Kopfsteuer hat. Hannover hat während seiner Selbstständigkeit in Folge des preußischen Druckes auf den Zollverein von 10 Sgr. bis auf 2 Thlr. pro Ctr. erhöhen müssen; es sei hierauf hingewiesen, daß man schon vor der Annexion diese Steuer die „neue preußische“ im Volke nannte, und daß, wenn der kleine Mann über Steuerdruck klagt, die Salzsteuer obenan steht. Dazu kommen eine Menge neuer, bisher bei uns unbekannter Steuern, als da sind: Steuern von Wechseln, Erbschäften, Kalendern, Spielsachen, erhöhte Brantsteuer, vor Allem die Zeitungssteuer, und es droht noch die Tabaksteuer. Ein Teil der Einnahme schöpft Hannover aus Domainen, Negalien &c., die wir hier nicht in Betracht ziehen wollen. — Hannover hat seine Eisenbahnduldungen so schnell getilgt, daß seine Staatsbahnen höhere Ueberschüsse ergeben, als diesenigen des gesammten übrigen Preußens zusammengenommen. Die Provinz Hannover bringt also zu den Ausgaben des Gesamtstaates 2,460,000 Thlr. Eisenbahnduldungen. Sollte diese ohne Aequivalent in den Gesamtbedarf geworfen werden? Die Vereinigung der Finanzen zweier Staatsgesellschaften von so ungleichen Mitteln ist ungerecht. Der letzte Krieg hat die Dynastie entthron, das hannoversche Volk aber ist geblieben, „weder geforben noch von den Preußen beerbt“, wie die „H. M. B.“ so richtig für Hessen sagt. Hat eine Staatsgesellschaft sich einen Staatsdienst errungen, so fällt dieser nicht einer größeren Gemeinschaft zu, mit der die Staatsgesellschaft etwa vereinigt wird. Der eine Volksstamm hat seine Ersparnisse in Kunstwerken angelegt, so Köln im Dome, die Brandenburger in einer Menge von Denkmälern und Kunstwerken in Berlin, andere Provinzen haben Arbeit und Kraft in die Cultur des Landes gestellt. Alles so verwandte Capital verbleibt jeder Provinz. Hannover hat seine Ersparnisse in rentablen Eisenbahnen angelegt, um minder rentable, aber nöthwendige Bahnen und Straßen zu bauen. Nun werden aber in Preußen Staatsbahnen nur ausnahmsweise gebaut. Sollten wir unsre also niedergelegten Ersparnisse dem Gesamtstaate zum Opfer bringen? Wäre es nicht richtig, die reinen Einkünfte der hannoverschen Bahnen im preußischen Budget ante lineam zu setzen und aus den Ueberschüssen Staatsbahnen zu bauen resp. Binsgarantien für Privatbahnen zu gewähren, bis eine gewisse Gleichmäßigkeit eingetreten ist?

Stuttgart. Der „Schw. B. Z.“ zufolge wird binnen Kurzem die Vertheilung der 6000 von Preußen entlebten Blindnadelgewehre an die Regimenter und Jägerbataillone beendigt, und auch das preußische Exerzierreglement, dessen Einführung neuerdings die Genehmigung des Königs erhalten hat, in den Händen der Truppen sein. Die Abänderung der württembergischen Gewehre wird bis zum 15. März 1868 vollzogen sein.

Karlsruhe. Das badische Militärgegesetz nähert sich dem Vernehmen nach in den Hauptgesichtspunkten dem preußischen System und man wird auch in den Details der Ausführung aller Voraussicht nach denselben Standpunkt einnehmen. Durch die Anwendung des preußischen Militärbevollmächtigten, Generals v. Beyer, war das Kriegsministerium in der Lage, sich stets die nötigen Aufschlüsse umgehend ans kundigster Hand zu verschaffen. Nach Konstituierung der Kammer, in der ersten Woche oder Hälfte des Septembers, wird dann aller Wahrscheinlichkeit nach sofort ein Uebergangsgesetz zur Vorlage gelangen, um die Einberufung im Oktober oder November zu vollziehen. — Schon jetzt wird mit den neuen Steuern ganz lebhaft agitiert. Aus dem Hauptblatt des Ultramontanismus führt die „Bad. Landess.“ eine Stelle an, nach welcher das Feit

des Landes nach Preußen geschleppt wird, um dort den Finanzen und den Steuerzahldenden aufzuholen. Ueberdies gehe im Soldatenkärtchen die süddeutsche Gemüthslichkeit zu Grunde. Man darf nicht vergessen, daß die Lasten des neuen Zustandes zunächst mit ganz besonderer Schärfe hervortreten, daß namentlich die Tabaksteuer einen nicht unbedeutlichen Bevölkerungstheil unmittelbar berührt und interessirt; somit begreift sich leicht, daß auf gewisse Bevölkerungsklassen mit solcher Argumentation bis zu einem gewissen Grade gewirkt wird. Ebenso wird die Grenzlage des Landes zur Erregung von Besorgnissen verwendet. Und doch zieht das Alles nicht so recht und der Ultramontanismus namentlich baut schon jetzt ganz klug vor, wenn er sagt, seine Leute würden nicht gewählt werden, weil man sich keine Mühe darum gebe und weil die Ministerialmaschinerie zu mächtig sei. Diese Maschinerie ist aber zur Zeit gar nicht im Gange, man müßte demnach die nationale Mehrheit der Kammer und ihren ganz legitimen Einfluß mit diesem Namen bezeichnen wollen.

Ö sterreich.

Ueber die Intentionen, von denen die ungarischen Mitglieder der Deputation rücksichtlich der finanziellen Auseinandersetzung sich leiten lassen werden, vernimmt man, daß sie die Uebernahme eines Dritttheils der gemeinsamen Lasten als äußerstes Maximum bezeichnen wollen, da die Gesamtheit der Länder dieses seit der Leitha nicht nur an Bevölkerung, sondern auch an Industrie und Baugeld bedeutend reicher sei als die Länder der Stephanskronen. Die Schwierigkeiten, welche der definitiven Auseinandersetzung entgegenstehen, sind nicht unbedeutend, zumal die finanziellen Fragen mit den staatsrechtlichen innig zusammenhängen. So werden die Ungarn die von ihnen zu übernehmende Quote nur insofern als gültig betrachten, als die gesammten Länder der Stephanskronen, also auch Kroatien, Slavonien und Dalmatien mitgerechnet, daran betheiligt sind. Nun aber ist bis jetzt weder das staatsrechtliche Verhältniß zu Kroatien festgestellt, noch gehört Dalmatien solidarisch zu Kroatien, da es Vertreter in den Wiener Reichsrath schickt. Die Ungarn werden aber jedenfalls verlangen, daß Dalmatien als zur Stephanskronen gehörend, zur ungarischen Quote beisteuern soll. — Die hartnäckig fortgesetzte Zeitungs-Agitation für eine österreichisch-französische Allianz beunruhigt die Geschäftswelt, weil man offizielle Motoren dahinter vermutet, in dessen Werden in leitenden Kreisen neuestens die Allianzräthe entschädigt. Österreich, heißt es, habe seine neutrale Stellung nach keiner Seite hin aufgegeben. Vielleicht steht mit diesen Erklärungen der Umstand in Verbindung, daß sich, glaubwürdigen Versicherungen zufolge, die persönlichen Beziehungen des Berliner Hofes zu dem Kaiserhause besser zu gestalten beginnen.

Der „Debatte“ geht eine Mittheilung über die Stellung des Kardinals v. Rauscher als Vermittler in der Konkordatsfrage zu; es ist demzufolge in der That von hochlerikaler Seite eine auf die Revision des Konkordats abzielende Vermittelung entscheidenden Orts hier in dem Augenblick angeboten worden, wo nach der rückhaltlosen Wiederherstellung konstitutioneller Verhältnisse bezüglich der Stellung des Herrn v. Beust in dieser Frage alle Zweifel schwunden wären. Die angebotene Vermittelung konnte, so begründet auch die Zweifel an deren Resultat erscheinen mögen, trotzdem nicht unbedingt abgelehnt werden. Die Rückicht auf den Verlauf dieser Unterhandlungen, das heißt die Absicht der Regierung, zum Mindesten irgend ein wie immer gearbeitetes Ergebnis derselben abzuwarten, wird als Grundlage der Erklärung bezeichnet, mit welcher das Ministerium in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses hervorgetreten ist.

Der Wiener Journalistenverein „Concordia“ hat eine umfangreiche Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, in welcher das Verlangen nach einem die Existenz der Presse sichernden Pressegesetz ausgesprochen wird, das dem Prinzip entspreche: „freie Presse im freien Staate“. Unter dem gegenwärtigen Gesetze bestehet die Pressefreiheit nur von Gnaden der jeweiligen Regierung, nicht aber auf gesetzlich unanfechtbarer Basis; Petition geht auf „eine gründliche liberale Revision“ der bestehenden Pressegesetze; gleichzeitig wird die Bitte ausgesprochen, daß das Haus erst, nach der unmittelbaren Vernehmung von Vertretern der Presse, seine Entscheidung fällen möge.

Hinsichtlich der Reise des Sultans durch den österreichischen Kaiserstaat ist bis jetzt Folgendes bestimmt: Der Sultan wird, von Nürnberg kommend, am 26. Vormittags in Passau die österreichische Grenze erreichen, wo der türkische Botschafter, Haider Effendi, mit seinem ganzen Personal, F.M. Baron Hauslab und die übrigen dem Padishah zugethilfeten Offiziere den Großherrn empfangen und geleitet. Am 26. Abends 6 Uhr trifft der Sultan auf dem Bahnhofe in Penzing ein, er wird dort empfangen von dem Kaiser und den anwesenden Erzherzögen, die ihn nach dem Schlosse Schönbrunn geleiten. Der Sultan wird vier Tage hier verweilen. Für die Donaufahrt von Wien nach Ruffach, von wo die Eisenbahn nach Bonna, dem Einschiffungshafen für Konstantinopel, benutzt und der Fürst von Rumänien zur Begrüßung seines Sultans sich einzufinden wird, wie der Fürst von Serbien in Belgrad, sind drei der größten Donaudampfer gemietet. In Pest findet ein Aufenthalt, aber so weit vorläufig bestimmt ist, keine Übernachtung statt.

Frankreich.

Die „Moskauer Zeit.“ hatte über das Urtheil im Prozeß Berzowski sich in folgender Weise ge-

äußert: „Die Zeit wird kommen, und sie ist nicht mehr fern, wo Frankreich es beklagen wird, von dem tiefen Verfall seiner politischen Moral diese neue Probe geliefert zu haben.“ Das „Journal des Débats“ bemerkt darauf, daß die russischen Blätter „von der Organisation unserer Justizpflege und von den Organisationen unserer Geschworenen absolut nichts verstehen“, wenn sie behaupten, die Seine-Jury hätte sich „das Begnadigungssrecht angemahnt, das ihr gar nicht zu kommt.“ Die Geschworenen hätten nichts gethan, wozu sie nicht von Gottes und Rechts wegen vollkommen befugt gewesen wären; sie hätten den Angeklagten des Mordversuchs für schuldig erkannt, aber mildernde Umstände angenommen. Die „Débats“ glauben nicht, daß das genügt, die Blüte des Himmels oder die von der „Moskauer Zeitung“ angedrohte schreckliche Rache auf die Hauer der Franzosen herunterzuziehen. Auch die „France“ vertritt den Wahrspruch der Jury und sagt, bei den milderen Sitten, die in Frankreich herrschen, würden Todesurtheile nur in den allerschwersten Fällen gesprochen; die Annahme mildernder Umstände bedeute nicht, daß das Verbreden den Geschworenen ein der Gerechtigkeit widersprechendes Mitleid einflöße, sondern fast immer nur, daß man die Todesstrafe nicht angewandt wissen wolle. Gewiß würde der Kaiser Alexander dem, der ihm nach dem Leben getrachtet, auch den Tod haben ersparen wollen, aber „die Ueberreizung des Nationalgefühls in Russland komme dem Edelmuth des Barons Schranken sezen, und so hat also die französische Jury wohl daran gethan, daß sie dem Begnadigungssrecht den peinigenden Zwiespalt zwischen dem Triebe des Herzens und der harten Forderung der überreizten öffentlichen Meinung ersparte.“

Der „Estand“ folgt heute dem Beispiel der „Patrie“ indem er ebenfalls von einer scharfen Note an die preußische Regierung nichts wissen will. Die Lage der Dinge sei so, wie sie der Staatsminister in der Diskussion über die deutschen Angelegenheiten gezeichnet habe. Der „Estand“ erklärt auch die gestern durch die „Epoque“ gebrachte Nachricht von der Errichtung zweier Lager bei Lille und Bapaume für gänzlich grundlos. Dieses verbündet jedoch nicht, daß die militärischen Vorbereitungen mit großem Eifer fortgetrieben werden. Der Kriegsminister Marschall Miel soll, wie man hier erzählt, der Meinung sein, daß, da einmal der Krieg mit Preußen unvermeidlich sei, es besser wäre, denselben noch in diesem Jahre zu beginnen und auf den Winter zu verlegen, da nach seiner Meinung die preußische Landwehr die Strapazen eines Winterfeldzuges schwerer ertragen würde. Von der „preußischen Landwehr“ hat das französische Publizum im Ganzen seltsame Vorstellungen, während der Kriegsminister Miel doch sicher über dieselbe besser unterrichtet ist.

König Ludwig II. von Bayern ist am 21. d. Mts. in Paris eingetroffen und bewohnt in strengem Infognito als „Graf Berg“ das Hotel de Paris. Am Bahnhof empfing ihn nur die bairische Ausstellungskommission. Am 22. hat ihn, wie der „Moniteur“ meldet, der Kaiser in den Tuilerien empfangen. Letzterer war in der Nacht von Havre, wohin er die Kaiserin begleitet, zurückgekehrt.

Der „Moniteur“ vom 23. veröffentlicht das Ge- setz, das die Schulhaft in Betreff der Handels- und Civilschulden, sowie der Ausländer ab schafft, in krimineller, korrektionsller und polizeilicher Hinsicht aber bestehen läßt. Die Schulgefangenen von Elitz, 100 an der Zahl, sind denn auch heute sämtlich auf freien Fuß gesetzt worden.

Das Gerücht von einer gänzlichen Umgestaltung des Kabinetts, welches die kriegerisch gesinnten Blätter in Umlauf setzen, verdient trotzdem keinen Glauben. Diese Blätter haben mit ihrem Kriegslärm der Regierung bisher keine guten Dienste geleistet. So wird erzählt, daß die kriegerischen Kombinationen, welche die französische Presse an dem erwarteten Besuch des Kaisers Franz Joseph knüpft, in Wien sorgsam gemacht und zur Verzichtleistung auf die früheren Reisepläne beigebracht hätten. Diese werden wahrscheinlich gar nicht zur Ausführung kommen. Vorher sagt man, die Trauer gestatte dem österreichischen Kaiserpaare nicht, das Land vor Ende August zu verlassen. Da aber der Kaiser Napoleon um jene Zeit in Blombieres sich befinden und später nach Biarritz sich begeben werde, hätte die Reise des Kaisers Franz Josephs noch weiter aufgeschoben werden müssen. — Nach dem „Journal de Paris“ ist es Fried Pacha gelungen, aus der Kälte, die seit der Abreise des Tsaren von Paris zwischen der französischen Regierung und dem russischen Hofe eingetreten ist, in so fern Nutzen zu ziehen, als er es ermöglicht habe, Russland von den Unterhandlungen in Betreff der kaukasischen Frage ausschließen, die jetzt nur noch zwischen der Türkei, Frankreich, England und Österreich fortgeführt würden. Eine russische Note, welche ein gemeinschaftlicheres, energischeres Vorgehen der Mächte in dieser Angelegenheit in Vorschlag gebracht, soll auch ohne Wirkung geblieben sein.

Rumänien.

Der österreichische Generalkonsul hat unter dem heutigen Datum folgende Depesche an das auswärtige Ministerium nach Wien gerichtet: „Ich erhielt den telegraphischen Befehl vom 18. heute früh und habe ihm entsprechend meine Schritte bei der französischen Regierung gethan. Von Seite des Ministers des Innern wurde mir die Busage sofortiger Einstellung aller Maßregeln gegen die Israeliten ertheilt. Nach Galatz wurde vor einigen Tagen eine Kommission der Regierung zur Feststellung des Sachverhaltes abgeschickt. Weitere Judenverfolgungen sind, wie es scheint, hier nicht zu befürchten.“

Provinzielles.

Δ Flatow, den 25. Juli. Vor einigen Tagen ereignete sich in Lanken (bei Flatow) folgende Begebenheit. Die Frau Gutsbesitzerin Schöneberg bestellte 3 Steinsprenger aus dem benachbarten Dorfe L. zum Steinsprengen. Diese kamen auch mit ihren Brechstangen etc. an und forderten den Inspektor auf, ihnen ihre Schlaftube anzumeuten.

Als dieser nun bemerkte, daß die gnädige Frau des schlechten Wetters wegen von der Arbeit Abstand genommen, begaben sie sich in das Haus der Frau Schöneberg, drangen in's Zimmer und forderten sie auf, anzugeben, wo sie ihr Geld habe. Als ihr Nichte sie aufforderte das Zimmer zu verlassen, führte der eine Nördelsführer mit der Brechstange einen heftigen Hieb nach dem Kopfe des jungen Mannes aus. Derselbe stürzte bestimmtlos zu Boden und erhielt eine klaffende Wunde am Kopf. Sein Leben steht in großer Gefahr. Die Kerle entflohen, wurden aber eingeholt und auf frischer That von den herbeigekommenen Arbeitsleuten gefangenregelt. Die Sache ist bereits zur weitere Verfolgung übergeben.

Mit dem Bau des Seminargebäudes in Pr. Friedland ist bereits begonnen; es wird ein colosales Gebäude werden.

Das Schicksal einer Lehrerwitwe ist in den meisten Fällen ein bejammernswertes. Der Gatte stirbt nach längeren Leiden; das baare Geld deckt kaum die Beerdigungskosten; das Gnadenquartal ist bald zu Ende; die Pension dürtig, denn 24 Thlr. reichen kaum zur Wohnung und was nun beginnen?

In der Lehrer-Witwen und Waisen-Unterstützungs-Angelegenheit unseres Regierungsbezirks haben sämtliche Lehrer bereits einen Termin auf dem Landrats-Amt gebahnt. Die Lehrer des Graudenzer Kreises haben durch eine Kommission von Lehrern ein zeitgemäßes Statut berathen und entworfen, welches der Königlichen Regierung baldmöglichst zur Berücksichtigung vorgelegt werden soll.

Um hierin eines guten Erfolges sicher zu sein, ist es für notwendig erachtet worden, daß jeder Kreis für sich diesen Entwurf mit zahlreiche Unterdriften versehen, der Königlichen Regierung in der angegeben Zeit einreiche. Ein Exemplar dieses Entwurfs wurde in jedem Kreise einem Lehrer in die Hand gegeben und erfuhr im Interesse dieser guten und gerechten Sache denselben durch Vervielfältigung der Abschrift resp. Absendung je einer solchen Abschrift an die verschiedenen Conferenzbezirke eines ganzen Kreises zu verbreiten.

Nur wenn alle 13 Kreise vereint zu Werke gehen, wird die Königliche Regierung unsere Bitten nicht unberücksichtigt lassen.

Die Statuten bestehen aus 19 §§.

§ 12 sagt: Die Höhe einer jährlichen Pension bei Zahlung von 6 Thlr. 20 Sgr. wird auf 60 Thlr. bestimmt, welche in vierteljährlichen Raten gezahlt wird; die Witwe sowohl allein, als mit den Kindern zusammen erhält stets die ganze Pension von 60 Thlr.

Also Muth, und freudig die Hand an das Werk! Es giebt ein schönes und hohes Ziel, das wir mit vereinten Kräften gewiß erreichen werden.

Lokales.

— Personal-Chronik. Dem Vernehmen nach wird Herr Oberst-Lieutenant Riedel nur ein halbes Jahr seinen Posten hier verwalten.

Am Freitag, den 26. d. früh verschied der Kapellmeister des Kgl. Inf.-Reg. Nr. 61 Kraemer. Obwohl der Verstorbene noch kein volles Jahr — er war mit dem Regiment im Oktober v. J. eingezogen — unser Mitbürger war, hat er sich doch während dieser kurzen Zeit, sowohl als Musiker, wie in seinem öffentlichen und privaten Verhalten die Anerkennung und die Achtung der gebildeten Kreise der hiesigen Bevölkerung in hohem Grade erworben. Daß er im trügerischen Alter aus dem Leben scheiden mußte, hat eine allgemeine Theilnahme erregt. Friede seiner Asche!

— Zur Reichstagswahl. Am Freitag, den 26. d. Vorm. von 12—1 Uhr hatte eine Versammlung deutscher Wähler aus Stadt und Kreis Thorn im Saale des Herrn Hildebrandt statt, welche Herr Kaufmann H. Schwarz begrüßte. In der Versammlung waren alle deutschen Parteien vertreten.

Auf Antrag des Namensgenannten wurde Herr Kaufm. Adolph von der Vers. ersucht den Vorsth übernehmen, welchem Gesuche derselbe auch Folge gab. Herr A. teilte darauf mit, daß von den deutschen Wählern im Kreise Culm Herr Justizrat Dr. Meyer als Kandidat für die bevorstehende Wahl in das norddeutsche Parlament in Aussicht genommen sei und forderte die Anwesenden auf, sich über diesen Punkt zu äußern. Herr H. Schwarz bemerkte darauf zur Information, daß in der Versammlung hiesiger Wähler am 19. d. (s. Nr. 118 u. Bl.), von welchen die Einladung zur heutigen Versammlung ergangen ist, die Kandidatur des Herrn Justizrat Dr. Meyer zur Sprache gekommen, aber es auch für zweckmäßig erachtet worden wäre, in dieser Beziehung keinen Vorschlag zu machen, um der Willensäußerung der heutigen Versammlung über diesen Punkt nicht vorzugreifen.

Herr Dr. Meyer erbat sich hierauf das Wort, um zu erklären, daß er die Wahl anzunehmen sich bestimmt fühle, da die Aussicht vorhanden wäre, daß die deutschen Wähler im Wahlbezirk Thorn-Culm sich bezüglich seiner Kandidatur vereinigen dürften. Die Einigkeit derleben sei aber notwendig, wenn ein deutscher Kandidat aus der Wahlurne als Abgeordneter hervorgehen sollte; der Wahlausgang der deutschen Partei sei gesichert, aber auch nur dann, wenn sie bei der ersten Wahl befindet Theilnahme und Energie auch jetzt nicht fehlen würden. In diesem Vorgehen liege keine Feindseligkeit gegen die polnischen Mitbürger, sondern dasselbe sei geboten, weil diese sich gegen die Begründung des norddeutschen

Bundes negativ verhielten, während anderseits die deutschen Wähler die besagte politische Gestaltung angestrebt hätten und ihre weitere Ausbildung unterstützen müssten. Ferner erwähnte Herr Dr. M. die Spaltung in der liberalen Partei, die sich indeß mehr in der Presse, als im Volke geltend mache. Er beleuchtete dann unter Hinweis auf das bekannte Programm (Nr. 94 u. Bl.) der national-liberalen Partei das Verhalten derselben im Reichstage, wo ihr Bemühen, und zwar nicht erfolglos, sowohl auf Besserungen der Verfassung des norddeutschen Bundes, als auch auf die Vereinigung aller deutschen Staaten sich richtete, welche letztere bereits durch das Zollvereins-Parlament angebahnt sei. Zu dieser Partei sich zählend werde er auch künftig hin, falls er zum Abgeordneten gewählt werden sollte, alle Maßnahmen unterstützen, welche eine Förderung der Vereinigung und der Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes erhoffen ließen.

Als der Herr Vorsitzende die Anwesenden fragte, ob sie die Kandidatur des Herrn Dr. M. unterstützen wollten, erklärten sie sich für dieselbe, soweit Ref. bemerkten konnte, einstimmig durch Händeaufheben.

Die Vers. schritt darauf zur Wahl eines Wahl-Comites, welchem die Herren angehören: Elsner-Papau, Engelke, Feldteller-Kleefeld, Heins, Hoffmann (Sustirath), v. Kalinowski, v. Kries-Friedenau, C. Mallon, H. Schwarz, Weinschenk-Lulfau, Wentscher-Rosenberg, Dr. Brohm, Behrensdorf, A. Danielowski, G. Prove, C. Marquart, Mede aus Alt-Thorn, Lau-Gurske, Hildebrandt-Pensan, Mielle und Köhling aus Toporyze, Schulz-Robrmühle, v. Wenkstern aus Grabis, Lippka aus Podgorz, Sabs aus Nieszawen, Meyer-Szychowo. Das Comite ist bevollmächtigt sich nach Bedürfniß durch Kooperation zu erweitern. — Am Schlus nahm die Vers. ein Anschreiben an die Wähler im Kreise Thorn an, dessen Wortlaut wir in n. Num. mittheilen werden.

— Die Friedrich-Wilhelm-Schützen-Bruderschaft hielt v. 24. bis zum 26. d. Mis. ihr Königschießen ab. Von 6 Konkurrenten um die Königswürde machte: den besten Schuß (König) Herr Trykowski für sich, den 2 besten (1. Ritter) derselbe für S. K. H. den Kronprinzen, den 3 besten (2. Ritter) Herr Schmiedemeister Krüger für sich.

— Literarisches. Unter den literarischen Ereignissen, zu denen die Heldentaten des Preußischen Heeres im v. J. angeregt haben, finden wir auch eine höchst beachtenswerte poetische, „dem preußischen Heere“ gewidmete Spende von A. v. Segerström, welche den Titel „Vorbeikranz“. Gedichte aus dem Kriegsjahr 1867. (Danzig L. Sannier'sche Buchhandlung) führt. In 21 Gedichten werden, wie der Titel schon andeutet, hervorragende Ereignisse aus dem vorjährigen Kriege in wahrhaft poetischer Auffassung und schwungvoller Diction gefeiert. Die Lektüre der Gedichte gewährt einen in jeder Beziehung befriedigenden Genuss und wünschen wir deshalb denselben recht viele Leser. Das Bändchen ist, nebenbei bemerkt, auch typographisch höchst elegant ausgestattet. Zur Probe folge nachstehendes Gedicht, in welchem der Heldenmut eines Angehörigen des 62. Infanterie-Regiments besungen wird.

Die Thurmwacht in Troppau.

Befehl hatten Troppau die Preußen:
Vom Thurm, dem hohen, alda
Das Kriegsterrain sie durchforschten;
Weil dort man es weit überfah.

Es ward als Thurmwacht gesetzet
Ein Posten, der wohl hielt Stich,
Ein ächter Preußen-Kämpfer,
Der keinem Sturme wich.

Da stand er, der Tag schlich zu Ende,
Auch endlich die langsame Nacht:
Noch stand er, und harrete bedenklich
Auf Ablösung seiner Wacht.

Es waren von dannen gezogen
Die Preußen, nur Er blieb noch steh'n.
Man hatte vergessen den Posten;
Die Feinde zu Leibe ihm gehn.

„Das soll euch fürwahr nicht gelingen,
So lang' ich Patronen noch hab!“ —
Von oben beherrscht er die Stufen,
Wirst kühn seine Gegner hinab.

Es kommen — zu schmal ist die Treppe —
Nicht Hiebe, nicht Schüsse ihm nach;
So muß denn der Kaisertrupp weichen,
Der Posten steht immer noch da.

„Ihr seht nun, ich las mich nicht fangen;
Drum capituliret in Ruß!
Ich fordere Abmarsch in Frieden,
Und Speise und Trank noch dazu!

Verbürget ihr Keines von Beiden —
Nicht duld' ich hier Hungersnoth —
So schieß' ich vom Thurm' aus die Leute
Auf eurem Marktplatz tot.

Nun schnell euch entscheidet! — Ich schieße! —
Da stützt die Garnison,
Und sichert Leben und Freiheit
Dem mutigen Preußensohn! —

So ist aus dem Thurm zu Troppau
Ein Ehrendenkmal gemacht,
Den fünfzig Jahrhunderter zeugend
Von einer Preußischen Wacht. —

Amtliche Tages-Notizen.

Den 26. Juli. Temp. Wärme 15 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 6 Fuß 10 Zoll.
Den 25. Juli. Temp. Wärme 15 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 6 Fuß 7 Zoll.

Interrate.



Heute Morgen 5 Uhr, starb nach dreiwöchentlichem schweren Leiden an der Herzbeutelwasser- sucht der Königl. Kapellmeister des 8. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 61

Albert Kraemer

in seinem 34. Lebensjahre.

Um stille Theilnahme bitten

die Hinterbliebenen.

Thorn, den 26. Juli 1867.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 27. d. Mis. Nachmittags 6 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Das unterzeichnete Offizier-Corps erfüllt hiermit die traurige Pflicht, den am heutigen Tage, Morgens erfolgten Tod des Musikmeisters im 8. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 61 Herrn

Albert Kraemer

anzuzeigen.

Liebenswürdig als Mensch, von hervorrangender Tüchtigkeit und regem Pflichteifer in seinem Beruf, hat er sich die volle Achtung des Offizier-Corps schnell zu erwerben und dauernd zu erhalten gewußt; ein ehrendes Andenken wird ihm gesichert bleiben.

Thorn, den 26. Juli 1867.

Im Namen des Offizier-Corps des 8. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 61.

von Michaelis,

Oberst und Regiments-Kommandeur.

Vorläufige Anzeige!

Sonntag, den 28. d. Mis.
findet im Ziegelei-Garten ein großes brillantes

Kunst-Feuerwerk

statt, wozu ich ein hochgeehrtes Publikum ergebenst einlade. Alles Uebrige besagen die Anschläge-Zettel.

Billetts à 5 Sgr. sind bei Herrn L. Grée zu haben.

Hochachtungsvoll

Dr. M. Bon,

Königl. preuß. conc. Pyrotechnier.

Sonntag, den 28. Juli
im goldenen Löwen auf der Mocker

Concert.

Blumenverloosung und Entenschießen.
Anfang 4½ Uhr. Entrée 1 Sgr. 6 Pf.

Sonntag, den 28. d. Mis.

Nachmittags werden auf meiner Regelbahn 3 Paar Enten ausgeschossen, 3 Paar junge Hühner mit der Bolzenbüchse ausgeschossen und eine gewisse Quantität Marzipan ausgeworfen. Wozu ich ergebenst ein geehrtes Publikum einlade. Auch bemerke ich, daß mein Garten für Jedermann jeden Tag zu jeder Zeit offen steht.

Kozinski,

Bromberger Vorstadt.

Für den frohen Tag, den wir im trauten Kreise der Schützenbrüder verlebten, nochmals unsern freundlichsten Dank.

Die Kameraden aus Bromberg.

Papierfragen

in den schönsten Mustern für Damen und Herren
à Stück 6 Pf. sind wieder vorrätig. Gleichzeitig empfehle ich eine reichhaltige Auswahl von Posamentir-Waren, Knöpfen, Weiß- u. Kurzwaaren, die ich durch vortheilhafte Einkäufe auf der Messe zu auffallend billigen Preisen abgeben kann.

Butterstr. 94. Lesser Cohn. Butterstr. 94.

Feinstes Salon-Petroleum

à 4½ Sgr. pro Quart empfiehlt

L. Sichtau.

Bäckerstraße 253 Parterre-Wohnung zu verm.

Eine Wohnung bestehend aus vier Zimmern, Küche nebst Zubehör vom 1. Oktober er. ab zu vermieten. Näheres in der Handlung

Fr. Tiede.

Bei Winkelmann & Söhne in Berlin erscheint und ist durch jede Buchhandlung wieso durch jede Post-Anstalt zu beziehen, in Thorn bei Ernst Lambeck:

Die Lachtaube.

Illustrierte Kinderzeitung.

Herausgegeben von Margaretha Lohmeier.

Wöchentlich eine Nummer.

Preis pro Quartal 13 Sgr.

Die Lachtaube stellt sich die Aufgabe, den Eltern und Erziehern bei dem hohen Berufe der Kindererziehung helfend und fördernd an die Hand zu gehen und berücksichtigt dabei vorzugsweise das zartere Kindesalter. Die Herausgeberin hat durch die früher in Trier erschienenen 1½ Jahrgänge derselben Zeitschrift bewiesen, daß sie es versteht, mit ungemein sicherem Gefühl den Ton zu treffen, der seine Wirkung auf ein Kinderherz nicht verfehlt und zugleich in liebevoller, echt mütterlicher Weise belehrt und erzieht. Der Inhalt der Zeitschrift ist so mannigfaltig als möglich; größere Erzählungen wechseln mit kleinen Beiträgen belehrenden und unterhaltenden Inhalts, mit Anekdoten, Rätseln, Rebus und kleinen Gedichten ab. Außerdem bringt die Lachtaube aber auch Anleitungen zu kleinen mechanischen Beschäftigungen und unterhaltenden Spielen, sowie durch die Bilder, Rätsel und Rebus dem Humor reichlich Rechnung getragen wird. Bewährte Jugendchriftsteller und Schriftstellerinnen haben bereitwillig ihre Mitwirkung zugesagt, so daß der Inhalt wohl allen Ansprüchen entsprechen dürfte. Die Verlagsanstaltung scheut auch keine Kosten, um durch gute Illustrationen den Jahrgang zu einem schönen Bilderbuche zu gestalten. Die bereits erschienenen Nummern sind bei Bestellung sofort zu erhalten.

In der Buchhandlung von Ernst Lambeck sind folgende Reisehandbücher und Karten stets vorrätig: Bädeker's Paris eleg. gebd. 1 Thaler 18 Sgr. — Illustr. Pariser Führer eleg. gebd. 1 Thlr. — Führer für die Pariser Welt-Ausstellung 1867 12 Sgr. — Aus Grieben's Reihe-Bibliothek: Paris 25 Sgr. — Warmbrunn 10 Sgr. — Berlin 15 Sgr. — Das Niederrheinische 15 Sgr. — Die Sächsische Schweiz 7½ Sgr. — Drei Tage im Harz 5 Sgr. — Reinerz und Quistorp 15 Sgr. — Die böhmischen Kurorte 20 Sgr. — Bad Ems 15 Sgr. — Die Schlesischen Kurorte 15 Sgr. — Dresden 15 Sgr. — Bocke, Neuer Führer durch Thüringen 12½ Sgr. — Müller, das Riesengebirge 15 Sgr. — Straß, Salzburg, Ischl u. Gastein 15 Sgr. — Bädeker's Schweiz eleg. gebd. 1 Thlr. 22 Sgr. — Illustr. Alpenführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Illustr. Londonführer eleg. gebd. 1 Thlr. 10 Sgr. — Bädeker's Conservationsbuch für Reisende eleg. gebd. 1 Thlr. — Franz, Post-Karte von Central-Europa 15 Sgr. — Dieselbe auf Leinwand gezogen 1 Thlr. — Müller, Karte der Eisenbahnen Mittel-Europa's 18 Sgr. — König, Post- und Eisenbahnkarte von Mittel-Europa 18 Sgr. — Kunisch, Reisekarte von Deutschland 10 Sgr. — Handkarte Generalkarte vom Preuß. Staat 10 Sgr. — Handkarte, Reisekarte von Deutschland auf Leinwand gez. 2 Thlr. — Engelhardt, Spezialkarte der Provinz Westpreußen 3 Thlr. — Engelhardt, Karte der Provinz Preußen auf Leinwand gez. 1 Thlr. — Handkarte, Karte der Provinz Westpreußen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Handkarte, Karte der Provinz Ostpreußen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Hardtke, Karte der Provinz Posen auf Leinwand gez. 22½ Sgr. — Handkarte, Karte von Polen 10 Sgr. — Heck's, Neuester Plan von London 15 Sgr.

Ein tüchtiger Destillateur

mit guten Zeugnissen versehen, findet sogleich ein Unterkommen bei

M. Meumann Söhne,
in Inowraclaw.

 Die erste Beamtenstelle auf einem Gute des Thorner Kreises verbunden mit vorläufig 200 Thlr. Gehalt ist zum 1. September, 1. Oktober auch früher vacant. Bewerbungen werden nur berücksichtigt, wenn die Tüchtigkeit und Solidität des Bewerbes durch Recommandation früherer Prinzipale nachgewiesen werden kann.

Näheres in der Exped. d. Bl.

Osnabrücker Lotterie.
Ziehung der 1. Klasse am 29. Juli. ½ Los kostet für jede Classe 1 Thlr. 18½ Sgr. Losse vorrätig bei C. W. Klapp.

Reines Schrotbrot

Liefert von heute ab

F. Senkpeil, Bäckermeister.
Breitenstraße.

Ein fast neues Eisspind poliert, billig bei
A. Mazurkiewicz.

Jede Reparatur an Regen- u. Sonnenschirmen, Spazierstöcken etc. gut u. schnell bei Drechslermeister H. Böttcher, Neust. Markt neben der Apotheke.

Zwei anständige junge Mädchen in Handarbeiten geübt, können sich melden als Verkäuferinnen für meine Trinkhallen zum ersten August.
Dr. Fischer's Wittwe.

Rohes Eis ist in Virgin's Garten zu haben.

erscheint und ist durch jede Buchhandlung wieso

Ein gebrauchtes Flügel-Fortepiano steht in der Kommandantur billig zu verkaufen.

Den Herren Landwirthen empfehlen wir unser bedeutendes Lager künstlicher Düngermittel, und zwar:

Aecht peruanischen Guano, aufgeschlossenen Peru-Guano von Ohlendorff & Co., Baker-Guano-Superphosphat, Navassa-Guano, Ammoniak- und Kali-Superphosphat, feinstes gedämpftes Knochenmehl, Kalidünger, schwefelsaures Kali, Chlorkalium u. s. w. und dito Magnesia.

Näheres in unserer Herbst-Preisliste, die in diesen Tagen den Druck verläßt, oder brieslich umgehend.

H. B. Maladinsky & Co.
Friedrichstraße Nr. 20 in Bromberg.

Wasserhelles Petroleum bei E. Gähde.
Dachpappen vorzüglicher Qualität bei E. Gähde, Klempnermeister Brückenstr. 15.

1 möbl. Zimmer zu vermieten. Gerechtestr. 110

Bäckerstraße 250/51 ist 1 Wohnung zu vermieten.

Ein möbl. Zimmer z. ver. Neustadt Nr. 18.

Möbl. Zimmer zu ver. Bäckerstr. Nr. 246.

In meinem Hause ist die 1. Schüttung zu ver-
mieten.

J. Dekuczynski.

Eine Wohnung bestehend aus 1 Stube nebst Bodenraum und Kellergelaß ist in dem Grundstück Altstadt Nr. 249 sofort zu vermieten durch die Magistrats-Calkulatur.

Eine herrschaftliche Wohnung, nebst Stallung und Wagen-Remise ist vom 1. August sowie, 2 kleine Wohnungen vom 1. Oktober zu ver-
mieten, bedeckt billiger als in der Stadt.

Kozinski,

Bromb. Vorstadt.

Brückenstraße Nr. 43 zwei Treppen ist eine Wohnung vom 1. Oktober zu vermieten, bestehend aus einer Stube nebst Kabinett, Küche, Keller und Bodenraum. Das Nähere zu erfragen bei Krause, Seglerstraße 137.

Ein freundlich möbliertes Zimmer ist vom 1. August zu vermieten Butterstraße 90.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 21. Juli Hermann Heinrich, S. d. Fleischerm. Rapp.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 21. Juli Marianna, L. d. Arbtism. Kowiatowski zu Catharinensflur; Veronica, L. d. Arb. Prekapinski zu Bromb. Vorst.; Marianna Juliania Antonie, L. d. Schuhmacherstr. Wierzbicki zu Culm. Vorst.; Alexander, S. d. Arb. Barachewicz zu Fischerei-Vorst.

Gestorben: Den 23. Juli die Chefrau Kilanowska, zu Neumöder, 47 Jahr alt, an Pitotchen.

In der neuwäldischen evangel. Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 21. Juli Clara Maria, L. d. Königl. Kreisrichters Göler; Gustav Julius, S. d. Bäckermeisters Kolinski

Gestorben: Dem Nagelschmid Rautenberg wurde Dienstag den 23. Juli ein toder Sohn geboren.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 21. Juli Otilie Amalie Friederike, L. d. Eigenth. Bärz in Neumöder; Theodor August Carl, S. d. Agl. Steuer-Aufsehers Gauert in Culm. Vorst.; Martha Dohanna Alwine, L. d. Schuhmacherstr. Siebart in Bromb. Vorstadt.

Es predigen:

Am 6. Sonntag nach Trinitatis, den 28. Juli er. In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Gessel.

Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.

Freitag, den 2. August Herr Pfarrer Gessel.

In der neuwäldischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Predigtamt-Kandidat Gonell.

Probepredigt behufs Neubesetzung der neu-

städtischen Pfarrstelle.)

Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe. (Katechisation.)

(Vor- und Nachmittags Kollekte für den Kirchenbau der evan-

gelischen Gemeinde zu Wartenburg in Ermland.)

Mittwoch, den 31. Juli Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr

Pfarrer Schnibbe.

 Zur gefälligen Beachtung!

Wegen Umbau des Ladens befindet sich nun mein Waarenlager nebenan im Hause des Herrn Goldschmidt.

Thorn. Joseph Prager.

Die von dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Charlottenstraße 19, zubereiteten, durch ihre vortrefflichen Eigenschaften fast in allen Welttheilen bekannten Fabrikate sind zu haben bei R. Werner in Thorn.